

# Beschlossene Anträge an die 137. Landesdelegiertenkonferenz

## **A2: Strategiepapier: Antidiskriminierung (AntiSex, AntiRa, QueerRevo) (geändert)**

**Antragsstellend:** [REDACTED]

### **Antragstext:**

Die LSV NRW verurteilt jegliche Form der Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Klasse, Sexualität, Geschlecht, Religion, geistigen und körperlichen Behinderungen etc. und jegliche Gesetze, politische Entscheidungen und Parteien die diese Diskriminierungen fördern.

Als politische Jugendorganisation möchten wir daher unsere Forderungen aber auch unsere Strukturen stets Antipatriarchal und antirassistisch ausrichten, und diese materialistisch (antikapitalistisch) einordnen. Jegliche Diskriminierungsformen machen vor dem Schultor keinen Halt, und müssen deshalb in diesem gesellschaftlichen Kontext betrachtet und analysiert werden.

Als LSV NRW verstehen wir die verschiedenen Diskriminierungsformen intersektional. Das heißt für uns, dass Diskriminierungsformen große Überschneidungen haben, die aber nicht gegenseitig ausgespielt werden können. Das heißt für uns, die Kämpfe intersektional zu mobilisieren und diese zusammenzuführen. Wir sind der festen Überzeugung, dass antirassistische, antisexistische, antiableistische und queere Kämpfe zusammengeführt werden müssen, weil diese Unterdrückungsformen den gleichen systematischen Ursprung haben. Rassismus und das Patriarchat sind historisch gesehen Stützpfeiler der kapitalistischen Verhältnisse, die den Ursprung eben dieser Verhältnisse darstellen.

### Antirassismus:

„Während der Kapitalismus im Zentrum Europas in einer besonderen Art und Weise quasi organisch auftrat, wurde er in den Rest der Welt durch Seefahrer, Missionare, Armeen und die Händler exportiert. "Kolonialisierung bildet das Herz der Kapitalismusgeschichte, die die Geschichte der Moderne ist.“

—Stuart Hall

Wer von Rassismus spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Um nachzuvollziehen, warum der Rassismus so tief in der europäischen Gesellschaft verankert ist, muss sich in einer ehrlichen Analyse auch der Geschichte widmen. In den englischen Kolonien 1660 der Karibik sowie Nordamerikas, entstand die Rassentheorie um letztlich die Ausbeutung und Versklavung Schwarzer Menschen in eben dieser Kolonien aus Gründen der Profitlogik des Kapitalismus zu rechtfertigen und „biologisch“ zu legitimieren.

Auch wenn heute die „biologische Überlegenheit“ weißer Menschen wissenschaftlich längst widerlegt wurde, hat der Rassismus durch Sozialisation und dem sich weiter manifestierenden Machtgefälle zwischen der weißen Mehrheitsgesellschaft und marginalisierter Gruppen in allen gesellschaftlichen Facetten tief verankert. So auch in der Schule.

Aus diesem Grund ist es wichtig uns die realpolitische und aktuelle Situation in den Schulen vor Augen zu führen. Als LSV NRW sehen wir hinsichtlich

Antidiskriminierungsarbeit große Lücken.

So ist es mehrfach belegt, dass Schüler\*innen mit Migrationshintergrund oder BIPOC\* nicht die gleichen Voraussetzungen und Chancen im Bildungssystem haben, das zurückzuführen ist auf Rassismus, der systematisch und institutionell

begründet ist, sich demnach subtil manifestiert hat und weiterhin manifestiert. So kommt es überdurchschnittlich häufig vor, dass BIPOC\* und Menschen mit einem Migrationshintergrund häufig Haupt- und Förderschulempfehlungen erhalten. (Hinweis: Studien raussuchen) (Hinweis IGGS) (Hier schon Lösungsansätze) Außerdem erkennen wir an, dass von eben diesen Schüler\*innen mehr an Leistung erwartet wird, als von ihren weißen Mitschüler\*innen. So entsteht auch auf dieser Ebene eine Chancenungleichheit beziehungsweise wird diese immer mehr gefördert. Das marginalisierte Schüler\*innen durch ihre Mitschüler\*innen und Lehrkräfte offenem, aber vor allem auch vermehrt strukturellen Rassismus erleben, ist bitterer Teil ihres Schulalltags, mit dem sich die meisten Schüler\*innen alleine fühlen. Sicherere Räume zum Austausch dieser Rassismus-Erfahrungen fehlen in den meisten Schulen schlichtweg.

Das es viele Schulen in NRW gibt, die sich auf das Siegel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" ausruhen, ist mittlerweile den meisten, vor allem betroffenen, Schüler\*innen völlig klar. Teilweise wird uns berichtet, wie ohne jegliche Befassung mit dem Thema Mehrheiten in der Schulgemeinschaft organisiert werden, um das Siegel zu erhalten und somit in das Netzwerk eingebunden zu werden. Jährliche Projektwochen oder ähnliche antirassistische Veranstaltungen, die eigentlich fester Bestandteil des Netzwerk sein sollen, werden in den jeweiligen Schulen nicht durchgeführt, obwohl die Schulgemeinschaft sich dazu verpflichtet hat. Jegliche Art der Kontrolle oder eine verpflichtende Berichterstattung gibt es hierbei nicht.

Was tun?

- Awareness-Struktur innerhalb von Schulen (Von Schüler\*innen für Schüler\*innen)
- Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage (ernst nehmen, Projektwochen kontrollieren für Schulgemeinschaft, Siegel muss mit Leben gefüllt werden, Fördermittel müssen genutzt werden)
- Courage Coach als fester Bestandteil der Schulgemeinschaft (Schüler\*in)
- Courage Coaching DGB
- Antirassistische Räume für marginalisierte Schüler\*innen schaffen
- Sensibilisierungsarbeit in Unterricht (Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte)
- Bündnis-Arbeit (-> Solikreis Dortmund, Essen, etc.)
- Fortbildungen für Lehrer\*innen (z.B. gefordert durch SchuKos)
- härtere Konsequenzen bei diskriminierendem/rassistischem Verhalten
- Lehrer\*innen nicht weiter ungehindert/ ausschließlich eigenständig unterrichten lassen
- Strafen für Schüler\*innen

### Antiqueerfeindlichkeit

Als LSV NRW erkennen wir die Unterdrückung von queeren Menschen als strukturelles Problem innerhalb des Patriarchats an. Strukturelle Queerfeindlichkeit, die zum Alltag vieler Schüler\*innen NRW gehört, muss in einer feministischen und antipatriarchalen Analyse miteinbezogen werden, da Queers wie auch Cis-Frauen struktureller Diskriminierung ausgesetzt sind. Bei queeren Menschen manifestieren sich die Anfeindungen dennoch aus anderen Gründen.

In patriarchalen Verhältnissen spielen klar definierte Geschlechterrollen eine zentrale Rolle zur systematischen Machterhaltung. Hierbei werden meist vorbei an wissenschaftlichen Erkenntnissen lediglich zwei Geschlechter als existierend anerkannt; Heterosexuelle Cis-Männer und Cis-Frauen. Trans\* oder Nicht-binäre

Menschen haben in diesen Verhältnissen keinen Platz, ihre Existenz wird geleugnet oder als "Unnormal" diffamiert. Auch schwule Männer, lesbische Frauen, bi- und pansexuelle Menschen sowie jegliche queere Menschen passen ebenfalls nicht in das Weltbild. Wir sprechen hierbei von der Heteronormativität, die keine andere Sexualität als die Heterosexuelle als gesellschaftliche Norm ansieht. Dies ist eine tief eurozentrische Perspektive auf Sexualität, während (Gender-) Queere Menschen einen festen Bestandteil indigener Völker auf der ganzen Welt, wie zum Beispiel auf Hawaii, in Nordamerika aber auch in muslimischen Gesellschaften darstellen. Auch hier hat der europäische Kolonialismus seine Heteronormativität anderen Kulturen und Völkern übergestülpt und bereits bestehende Geschlechterrollen, die deutlich inklusiver waren, zerstört.

Diese patriarchalen und heteronormativen Strukturen finden sich durchaus auch heute in der Gesellschaft wieder, auch wenn queere Menschen Fortschritte gemacht haben und die Anerkennung ihrer Identität Schritt für Schritt erkämpfen mussten. Dennoch sind queere Identitäten, was die Lerninhalte sowie der Sexualkunde Unterricht an den Schulen NRW angeht, systematisch unsichtbar. Queere befreiungs- und emanzipationskämpfe geschweige denn Queere Persönlichkeiten finden sich in beispielsweise Geschichts Lernplänen nicht wieder, der Sexualkunde Unterricht basiert auf diese Heteronormativität, ist also nutzlos für Queere Menschen, die nunmal andere Sexuelle Präferenzen haben und andere Ansätze bezüglich "Safer Sex" benötigen.

Diese Verhältnisse führen an vielen Schulen dazu, dass Queere Mitschüler\*innen unsichtbar gemacht werden, und Opfer von patriarchaler/queerfeindlicher Gewalt werden. Dies verurteilen wir als LSV NRW aufs schärfste.

Was tun?

- Wir fordern eine umfassende Aufklärung über LGBTI+ Themen in allen schulischen Bereichen, mit Schwerpunkt des Geschichtsunterrichts sowie des Sexualkundeunterrichts.
- Wir fordern Projekte an Schulen mit Queeren Außerschulischen Organisationen
- Wir fordern Safer-Spaces bzw. eine Queere Selbstorganisation von Queere Schüler\*innen für Queeren Schüler\*innen zur Vernetzung und Strategien Entwicklung gegen Queerfeindlichkeit

### Antisexismus

Als LSV NRW erkennen wir die Unterdrückung von FLINTA\* Personen als strukturelles Problem innerhalb des Patriarchats an, der auch hier wieder Stützpfeiler der kapitalistischen Herrschaftsordnung ist.

„Nicht nur allein sei sie die Sklavin des Mannes, der Kapitalist habe es verstanden, sie auch noch zu seinem Ausbeutungsobjekt zu machen.“

- Anna Schneider

Der Kapitalismus hat somit verstanden FLINTA\* Personen nicht ausschließlich zu unterdrücken, sondern sie ebenfalls zu seinem Ausbeutung Objekt gemacht. Dies wird allein an dem Beispiel der unbezahlten Care-Arbeit, die unzählige FLINTA\*s leisten, deutlich.

Die Aktualität dieser Thematik im Rahmen der Schule sehen wir unter anderem in dem Fehlen von Strukturen bei sexualisierter Gewalt im Schulalltag. Dies soll nun durch ein Schutzgesetz bekämpft werden.

Schüler:innen werden aufgrund ihres Geschlechts bevorzugt oder auch benachteiligt, sei es bei der Benotung oder auch bei alltäglichen Unterrichtsgesprächen.

Die LSV NRW fordert somit kostenlose Menstruationsprodukte und intensiv ausgearbeitete Strukturen wie zum Beispiel Konfliktleitfäden gegen Sexuelle Gewalt aufzubauen, um dieses strukturelle Problem systematisch zu bekämpfen. Wir fordern ebenfalls die Fokussierung auf diesen Themenbereich im Rahmen von beispielsweise Antidiskriminierungskampagnen. Die Verbreitung, Vertiefung und Ausarbeitung von "Schule des Vertrauens" ist ein wichtiger Punkt zur Umsetzung von Präventionsarbeit. Dem angeschlossen erheben wir einen Raum zu bieten, in dem ein Austausch von Betroffenen und Opfern untereinander möglich ist. Heißt, eine grundlegende Sensibilisierung der Lehrenden und Angestellten an Schulen ist elementar notwendig und lässt sich durch beispielsweise die Schulkonferenz mit einem entsprechenden Beschluss für alle Lehrkräfte verbindlich einrichten.

### Antibleismus

Die LSV NRW erkennt die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung als strukturelles Problem des Kapitalismus an.

Dies äußert sich ebenfalls in Schulen ab. Schulgebäude sind bedeutend oft nicht barrierefrei. Barrierefreiheit wird in der Planung von neuen Schulgebäuden des Öfteren nicht praktikabel oder gar nicht umgesetzt. Die Stigmatisierung von Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen ist im System Schule ein grundlegendes Problem. Auch die sprachliche Diskriminierung stellt eine Problematik dar. Sie prägt ebenfalls die Wertung der Menschen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung. Auffallend oft werden Schüler:innen mit Behinderung nicht inkludiert.

Deswegen fordert die LSV NRW, dass auf Ableismus aufmerksam gemacht wird und die Problematik thematisiert wird. Dem folgend dann die Sensibilisierung von Lehrenden und Lernenden. Ebenfalls sollten die Schulgebäude barrierefreier und die Sprache inkludierender werden. Dies kann zum Beispiel mit Hilfe von einfacher Sprache geschaffen werden. Demzufolge sollte die Wertung von Menschen durch sprachliche und/oder geistige Behinderung eingestellt und aktiv verhindert werden.

### Allgemeine Diskriminierung

Unsere allgemeinen Forderungen sind demzufolge das intersektionale Denken, der Bezug zum Kapitalismus und die damit einhergehende Kapitalismuskritik. Außerdem müssen unkooperative Einstellungen von Schulen geändert werden, bei denen zum Teil Diskriminierungsfälle verschwiegen und nicht aufgearbeitet werden.

**A3: Keine Zusammenarbeit mit dem SDAJ (geändert)**

**Antragsstellend:** [REDACTED]

**Antragstext:**

Die 137. möge beschließen, dass die Auseinandersetzung mit der Zusammenarbeit mit der SDAJ in ausführlicherem Rahmen für die kommende LDK vom Landesvorstand vorbereitet wird. Dazu gehört auch die gemeinsame Ausarbeitung von Richtlinien für die Zusammenarbeit der LSV NRW mit anderen Organisationen und Verbänden.

**A4: Veranstaltungsverpflegung (geändert)**

**Antragsstellend: BSV Märkischer, BSV Wuppertal**

**Antragstext:**

Die 137. LDK möge beschließen, dass bei zukünftigen LDKen in Absprache mit den jeweiligen Häusern soweit möglich lediglich vegetarische und vegane Mahlzeiten angeboten werden.

**A5: Internationale Konflikte**

**Antragsteller:** BSV Aachen, BSV Essen, BSV Märkischer Kreis

**Antragstext:**

Die 137. LDK möge beschließen, dass im Rahmen einer LDK im Jahre 2023 eine Auseinandersetzung mit internationalen Konflikten, z.B. der kurdischen Befreiungsbewegung oder dem Nahost-Konflikt, angeboten wird.

**A6: Barrierefreiheit**

**Antragsstellend: BSV Essen**

**Antragstext:**

Die 137. LDK möge beschließen, dass bei der Planung künftiger LDKen darauf geachtet wird, dass diese barrierearm sind, und somit für alle Delegierten zugänglich sind.

## **A7: Offene Befassung mit der „Punktliste“-Affäre**

**Antragstellerin: BSV Rhein-Berg**

### **Antragstext:**

Die LSV bildet einen offenen Arbeitskreis, um sich mit den Konsequenzen aus der Punktliste, bzw. dem selbstverantwortlichen Umgang der Teilnehmenden miteinander auseinanderzusetzen. Ziel sollen der offene und konstruktive Diskurs sein, um ein positives und sicheres Miteinander auf den LDKs zu sichern. Die Frage von persönlicher Verantwortung soll nicht im Mittelpunkt stehen. Das Thema sollte im nächsten Rechenschaftsbericht mitaufgegriffen sein.

**A8: Untis Echtzeitüberwachung**  
**Antragsstellend: Landesvorstand**  
**Antragstext:**

Die 137. LDK möge beschließen, dass der Landesvorstand beauftragt wird, folgende Forderung umzusetzen: Schüler\*innen sollen zur Selbstbestimmung befähigt werden. Daher sollten Erziehungsberechtigte keinen unmittelbaren und freien Zugang zu schulischen und Unterrichtsbezogenen Daten ihrer Kinder erhalten. Zu diesen Daten gehören beispielsweise Noten, Fehlzeiten und Entschuldigungen. Es gilt zu verhindern, dass Eltern ihre Kinder durch neu eingeführte Programme, wie z.B. Untis, ständig "überwachen" können.

## **A9: Tablets für alle (geändert)**

**Antragsstellend: BSV Steinfurt**

### **Antragstext:**

Die 137. LDK möge beschließen, dass die LSV NRW für Schüler\*innen ab der siebten Klasse eine eins zu eins Ausstattung mit Tablets fordert. Außerdem soll jede\*r Schüler\*in einen digitalen Stift, sowie eine Tastatur erhalten. Diese Ausstattung soll vollständig von Land finanziert werden. Aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit darf es keinen Eigenanteil für Schüler\*innen geben. Um eine fortschreitende Monopolisierung zu verhindern, sollte explizit keine feste Marke ausgewählt werden. Schulen sollen in der Schulkonferenz entscheiden, ob sie eine einheitliche, und wenn ja, welche Marke sie anschaffen. Auch das Abgeben der Entscheidung an Schüler\*innen sollte möglich sein. Dafür ist es sinnvoll, eine Auswahl an Geräten vorzugeben, die hinterher gesammelt bestellt werden.

Wichtig ist, dass die Geräte von den Schulen verwaltet werden. Das Land soll die Software Logineo weiter ausbauen und diese soll von allen Schulen genutzt werden. Ein häufiger Wechsel zwischen Programmen, wie er aktuell teilweise geschieht, ist zu vermeiden. Schüler\*innen sollen die Tablets selbstständig verwenden können und eine übermäßige Downloadsperre, z.B. für Lern-Apps, ist zu vermeiden. Allerdings ergibt es Sinn, den Download von Unterhaltungssoftware abzuriegeln, da diese auch im Unterricht zur Ablenkung führen kann.

Um dem deutlich gestiegenen technischen Aufwand gerecht zu werden, sollen Fachkräfte eingestellt werden, die sich um Probleme mit den Geräten kümmern. Diese Aufgabe von ohnehin schon überlasteten Lehrkräften erledigen zu lassen ist unverantwortlich.

Außerdem sollen digitale Unterrichtsmethoden in die Lehrpläne eingebunden werden. Hier gilt es dringend nachzubessern und Konzepte für digitalen Unterricht zu entwickeln. Dabei sollte in jedem Fall auch die LSV als Stimme der Schüler\*innen eingebunden werden. Es gilt gemäß dem SAMR Modell, Unterrichtsinhalte nicht nur auf das Tablet zu übertragen, sondern auch die Vorzüge der digitalen Welt zu nutzen.

Lehrkräfte sollten dringend weitere verpflichtende Fortbildungen zu digitalem Unterricht erhalten. Auch nach der Ausstattung mit neuen Geräten ist es zwingend notwendig, dass Lehrkräfte im Umgang mit diesen ausgebildet werden. Hierfür sollten Fortbildungskonzepte erarbeitet werden. Auch dabei ist ein Einbezug der LSV sehr sinnvoll.

Der gesteigerten Suchtgefahr bei Schüler\*innen soll durch Informations- und Präventionsveranstaltungen entgegengewirkt werden. Außerdem ist es sinnvoll, phasenweise auf Geräte zu verzichten. Insbesondere in Gesprächs- und Plenumsphasen ist, wenn möglich, auf den Einsatz von technischen Geräten zu verzichten. Auch in anderen Bereichen ist es erstrebenswert, teilweise analog oder zumindest hybrid zu arbeiten.

Um diese Forderung durchzusetzen, soll der LaVo eine PM zu dem Thema verfassen und veröffentlichen. Außerdem sollte diese Position bei einem regulären Gespräch mit dem MSB vertreten werden.